

Nine to Five

Aus der Welt der Arbeit



Der Arbeiterführer geht in Rente

Nach 35 Jahren geht Stefan Engel in Rente. Der selbsternannte Führer der Arbeiterklasse wird sein Amt als Vorsitzender der MLPD im nächsten Jahr abgeben. Das ist das wichtigste Ergebnis des X. Parteitags, der im November stattfand. Engel ist seit Gründung der MLPD ihr Vorsitzender und wird dieses Amt im April, kurz nach seinem 63. Geburtstag, an Gabi Gärtner abgeben. Die gelernte Werkzeugmacherin arbeitet bis dahin als Stellvertreterin. Gabi Gärtner wurde 1977 in Solingen geboren – und ist die Tochter von Monika Gärtner-Engel. Diese ist nicht nur langjährige Vizechefin der Partei, sondern auch die Ex von Stefan Engel. Der Führer der Arbeiterklasse wird sich weiter einbringen und möchte sich als Mitglied des Zentralkomitees auf die Leitung des theoretischen Organs Revolutionärer Weg konzentrieren.

→ MLPD

Menschen wollen weniger arbeiten

Laut einer Umfrage der Körber-Stiftung arbeiten Beschäftigte im Schnitt 37,6 Stunden in der Woche. Interessant: Sie wünschen sich, lediglich 31,3 Stunden zu arbeiten. Bei Männern ist die Diskrepanz zwischen Wunsch und Realität sogar noch größer. Spiegel Online gibt mit Verweis auf die Studie zu bedenken: »Ob sich alle Befragten bewusst sind, dass mit weniger Arbeit automatisch auch weniger Geld verbunden ist, geht aus der Untersuchung nicht hervor.« Sehr zuvorkommend von Spiegel Online, auf diesen »Automatismus« hinzuweisen. Diejenigen, die seit Jahrzehnten »Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich« fordern, haben offensichtlich übersehen, dass die Bedingungen von Lohnarbeit von höherer Gewalt bestimmt werden – und nicht etwa umkämpft sind.

→ Spiegel Online

Prekäre Schreiberlinge

Eine Studie von Leonie Schulte, erarbeitet im Auftrag der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung, beleuchtet die Kehrseiten der journalistischen Freiberuflichkeit. Der Deutsche Journalisten-Verband (DJV) ging für das Jahr 2012 von einer Gesamtzahl von 72.500 hauptberuflich Tätigen in der Branche aus, davon waren 26.000 freiberuflich tätig. Das Durchschnittseinkommen der letzteren lag 2014 einer Umfrage des DJV zufolge bei 2.180 Euro monatlich, wobei für Funk und Fernsehen tätige deutlich mehr und Textarbeiter_innen deutlich weniger verdienten. Zum Vergleich: Der Arbeitsentgeltdurchschnitt aller Berufstätigen in Westdeutschland liegt bei 2.765 Euro. Gerade für Mütter bedeutet die Arbeit als Freelancerin für Medien häufig, dass sie in der Falle der traditionellen Rollenverteilung in der Familie landen. Mehr als die Hälfte der solselbständigen Journalisten kann mit ihren Einnahmen nicht die eigene Existenz und anteilig die ihrer Kinder sichern und ist auf einen »Sponsor« angewiesen, wie es der Soziologe Hans Bertram im Interview mit Schulte formulierte. Das ist bei Frauen in der Regel der Partner, und der erwartet, wenn Kinder da sind, im Gegenzug, dass die Partnerin das »Vereinbarkeitsmanagement« übernimmt, wie es in der Untersuchung heißt.

→ junge Welt

Mehr Sozialleistungsbeziehende

Zum Jahresende 2015 erhielten in Deutschland knapp acht Millionen Menschen und damit 9,7 Prozent der Bevölkerung soziale Mindestsicherungsleistungen. Wie das Statistische Bundesamt (Destatis) weiter mitteilt, stiegen wie in den beiden Vorjahren sowohl die Anzahl der Empfänger_innen als auch deren Anteil an der Gesamtbevölkerung gegenüber dem Vorjahr. Im Jahr 2014 hatten knapp 7,4 Millionen Menschen beziehungsweise 9,1 Prozent der Bevölkerung in Deutschland Leistungen der sozialen Mindestsicherung erhalten. Die Zunahme im Jahr 2015 geht auch auf den Anstieg der Beziehenden von Regelleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz zurück.

→ Destatis

Kämpfende Pilot_innen

Die Lufthansa-Pilot_innen streikten mal wieder. Das brachte ihnen reichlich Kritik ein, auch manche Arbeiter_innen folgten der Teile-und-Herrsche-Propaganda der Lufthansachefs. Sie nahmen wohlwollend zur Kenntnis, dass sich einige Betriebsräte dazu hergaben, die angebliche »schweigende Mehrheit« der Belegschaft gegen den Arbeitskampf der Piloten aufzubringen. Diejenigen Arbeiter_innen, die gegen den Streik der Pilot_innen sind, übersehen, dass es keiner prekär Beschäftigten und keinem Erwerbslosen auch nur ein klein wenig besser ginge, wenn gut bis sehr gut verdienende und hochqualifizierte Angestellte wie die Lufthansa-Pilot_innen zum Lohnverzicht gedrängt und ihre Interessenvertretungen in die Knie gezwungen würden. Tatsächlich überbezahlt sind diejenigen, die mit Grundgehältern in Millionenhöhe und üppigen Boni-Regelungen im Konzernvorstand sitzen. Die regelmäßigen Streiks, die seit Jahren auch deutsche Flughäfen erfassen und lahmlegen, könnten auch als ein Aufbegehren gegen zunehmende Liberalisierung, Lohn- und Sozialdumping in der gesamten Branche verstanden werden.

→ neues deutschland

Weder Mittel- noch Überbau

Wirtschaft & Soziales In Frankfurt hat sich im November die basisdemokratische Hochschulgewerkschaft Unter_bau gegründet

Von Kolja Lindner

Es ist gemeinhin bekannt: Deutsche Hochschulen warten selbst für das von ihnen ausgebildete Personal mit äußerst miesen Arbeitsbedingungen auf. Studentische Hilfskräfte, Doktorand_innen, Wissenschaftliche Mitarbeiter_innen, Lehrbeauftragte und Privatdozent_innen sind oft nicht nur schlecht entlohnt, sondern auch vielfach nicht sozialversichert. Hinzu kommen entgrenzte Arbeitszeiten, Überstunden sowie selektive oder verweigerte Anerkennung. Und schließlich befinden sich die Universitäten hierzulande seit geraumer Zeit in einem Wettrennen um sogenannte Drittmittel, da die Grundfinanzierung der Hochschulen immer weiter heruntergefahren wird.

Es wäre weit gefehlt, würde man davon ausgehen, dass an diesen Strukturen nur eine – zumindest was ihre symbolischen Ressourcen angeht – gesamtgesellschaftlich privilegierte, soziale Gruppe leidet. Auch die nicht-akademischen Hochschulangestellten in Verwaltung, Technik und Service sind zunehmend den Auswüchsen der »unternehmerischen Hochschule« ausgesetzt: befristete Anstellungen und Auslagerungen von Dienstleistungen wie Reinigung, Verpflegung und Sicherheit an externe Anbieter.

An der Frankfurter Goethe-Universität hat sich Ende November eine basisdemokratische Gewerkschaft gegründet, die angesichts dieser Verhältnisse Widerstand organisieren will. An dem Gründungskongress im Studierendenhaus auf dem Bockenheimer Campus nahmen gut 120 Personen teil, größtenteils Studierende und Wissensarbeiter_innen. In zweieinhalb Tagen wurden dabei eine Programmatik, eine Satzung sowie Arbeitsrichtlinien aus der Taufe gehoben, denen ein bis zu zwei Jahre langer Diskussionsprozess vorausgegangen war. Das Ergebnis lässt sich sehen und die Hoffnung aufkommen, dass die Mainmetropole nunmehr über einen hochschulpolitischen Akteur verfügt, der in Zukunft für einige Unruhe sorgen kann.

Die Hochschulgewerkschaft verfolgt eine Doppelstrategie

Was macht Unter_bau dabei als Hochschulgewerkschaft so besonders? Zunächst ist es die Programmatik. Diese bietet nicht nur eine genaue Analyse der eingangs beschriebenen Situation, sondern reflektiert auch ihre Widersprüche, politische Ansatzpunkte und Herausforderungen. Die Drittmittelabhängigkeit wird dabei als Instrument zur Steuerung der Wissenschaft begriffen; 80 Prozent der über Anträge vergebenen Gelder kommen aus öffentlichen Quellen. Angesichts der Tatsache, dass mittlerweile die Hälfte eines Jahrgangs eine Hochschule besucht, wird ferner dem Zurückdrängen von kritischen Lehrinhalten und den miesen Arbeits- und Studienbedingungen eine große Bedeutung für die zukünftige Entwicklung der Gesamtgesellschaft zugeschrieben. Und schließlich wird der Aufbau einer »Transformationsorganisation« angestrebt. Diese will nicht einfache Interessenvertretung sein, sondern bereits im Hier und Jetzt ein Organisationsmodell für eine herrschaftsfreie Verwaltung der Hochschule bieten. Die Unter_bauer_innen bezeichnen dies als ihre »politisch-gewerkschaftliche Doppelstrategie«.

Der Vorwurf der Spaltung muss dabei an der neuen Organisation abprallen,



Wie ein Maulwurf gräbt sich die Hochschulgewerkschaft aus dem Unterbau ans Licht. Auf Kosten der Prekären geht auch der Zwang, Drittmittel einzuwerben.

denn sie will mit anderen Gewerkschaften zusammenarbeiten, schließt Doppelmitgliedschaften nicht aus und trachtet schließlich danach, Lücken zu füllen, die andere, im Hochschulwesen nur wenig präsente Gewerkschaften wie GEW und Ver.di entstehen haben lassen. Diese bestehen nicht nur bei »tariffremten« Themen wie der Verdrängung kritischer Lehrinhalte und den unterschiedlichen Formen von Diskriminierungen, sondern auch bei der Vertretung von äußerst prekären Beschäftigtengruppen wie studentischen Hilfskräften oder Lehrbeauftragten. Statt zu spalten, scheint Unter_bau eher Spaltungen zu überwinden, die traditionelle Gewerkschaften vornehmen. So wird etwa der Differenzierung zwischen akademischem und nicht-akademischem Personal eine statusübergreifende Organisation entgegengesetzt.

Die umfangreiche Satzung differenziert dafür zwischen verschiedenen Organisationsebenen wie Assoziationen und Föderationen, in denen sich Mitglieder entlang ihrer Statusgruppen und Organisationseinheiten der Universität zusammenschließen. Ferner treten sie in Koordinationen und Generalversammlungen in Austausch miteinander. Bemerkenswert ist dabei nicht nur das Bemühen um Transparenz, etwa bei Finanzführung und Geldvergabe, und die mit imperativen Mandaten abgesicherte Basisorientierung. Hinzu kommt eine Sensibilität für asymmetrische Geschlechterverhältnisse, die sich in Institutionen wie der Frauenvollversammlung oder quotierten Redelisten und Positionsbesetzungen zeigt.

Die Zusammensetzung ist eher homogen

Schließlich untermauern die tarifpolitischen Richtlinien – Unter_bau strebt mittelfristig danach, an der Uni Frankfurt tariffähig zu werden – nicht nur den Anspruch von Selbstorganisation und Basisdemokratie, sondern zeugen davon, dass die Personen, die die neue Gewerkschaftsorganisation angeschoben haben, bereits arbeitsrechtlich geschult sind.

Zwei Dinge, die Hoffnungen schüren und zugleich Fragen aufwerfen, stachen

beim Frankfurter Gründungskongress ins Auge. Zunächst einmal ist ein Großteil der Gewerkschaftsmitglieder im klassischen Studierendentalter. Dies macht Hoffnung, insofern hier junge, politisch kluge und reflektierte Menschen zusammenkommen, die noch einige Zeit an der Universität verweilen werden und die Gewerkschaftsstruktur personell und intellektuell stärken können. Gleichzeitig stellt sich allerdings die Frage, wie vor dem Hintergrund dieser Zusammensetzung der Anspruch, sich statusgruppenübergreifend zu organisieren, eingelöst werden kann. Nicht ein_e technisch-administrative_r Angestellte_r hatte sich zum Gründungskongress im Frankfurter Studierendenhaus eingefunden und die einzige Lehrbeauftragte, die am Samstag an den Debatten teilnahm, hatte bisweilen deutlich andere Vorstellungen als die meisten der Anwesenden. In der Frage seiner Zusammensetzung dürfte also eine der größten Herausforderungen der Zukunft des Unter_baus liegen.

Weiterhin auffällig war der sehr disziplinierte und gute Umgang der Gründungsmitglieder miteinander, auch und gerade dort, wo es Konflikte gab. Dies lässt hoffen, dass hier langfristig eine Organisationskultur entstehen wird, der es gerade nicht um Besserwisseri und Abgrenzung der Abgrenzung wegen, sondern verstetigtes, gegenseitiges Lernen und solidarische Praxis geht. Ob man damit auf eine Vorbildfunktion gegenüber aktionistischen Studierendenprotesten und praxislosen Theorie-Hochschulgruppen spekuliert oder sich ein bisschen aktiver um die Gewinnung von neuen Mitgliedern aus diesen Szenen bemüht, blieb allerdings ebenfalls offen.

Aber vielleicht wäre dies auch zu viel verlangt von einer noch jungen Organisation, die in Deutschland zweifellos als einer der spannendsten hochschulpolitischen Akteure der letzten Jahre, wenn nicht gar Jahrzehnte gelten muss. ●

Kolja Lindner ist Postdoktorand an der Universität Erfurt und schrieb in ak 611 über die Transformation des französischen Laizismus.

www.unterbau.org